

Oskar Weggel

Außenminister Kinkel in China

Gliederung:

- 1 Der politische Teil der Visite
 - 1.1 Nachholbedarf
 - 1.2 Beijing - und Chengdu
 - 1.3 Das Versöhnungsprogramm
 - 1.3.1 Gesprächskontakte auf höchster Ebene
 - 1.3.2 Die heiklen Programmpunkte
 - 1.3.3 Nebenwirkungen des Versöhnungskurses
- 2 Wirtschaft
 - 2.1 "Ungeheure Chancen"
 - 2.2 Wie ist es um die deutsch-chinesischen Außenhandels- und Investitionsbeziehungen wirklich bestellt?
 - 2.2.1 Außenhandel
 - 2.2.2 Investitionen
- 3 Renormalisierung

1 Der politische Teil der Visite

Der Oktober 1996 hat sich in der Außenpolitik der VR China zu einem Monat Europas entwickelt; kamen doch innerhalb kurzer Zeit der Schweizer Bundespräsident, der österreichische Bundeskanzler - und schließlich auch der deutsche Außenminister nach Beijing.

1.1 Nachholbedarf

Der Besuch des deutschen Außenministers war eigentlich schon für Juli 1996 geplant gewesen, dann aber im Juni - im Anschluß an die Tibet-Resolution des Bundestags - abgesagt worden.¹

Bei einem Zusammentreffen Kinkels mit seinem Amtskollegen Qian Qichen am 24.9. in New York war man sich jedoch schnell darüber einig geworden, daß der Besuch nun möglichst bald nachgeholt werden sollte. Damals war zwischen beiden Außenministern ein Text formuliert worden, in dem Kinkel die Ein-China-Politik der Bundesregierung bestätigte und versicherte, daß Tibet für die Bundesregierung Teil des chinesischen Staatsverbands und somit grundsätzlich eine innere Angelegenheit Chinas sei. Mit dieser Formel sollte der bei den Chinesen entstandene Eindruck berichtigt werden, als habe der Bundestag mit seiner Entschließung gegen die "Ein-China-Politik" verstoßen. In der Textpassage über die Menschenrechte hieß

es, daß beide Minister sich einig seien, daß trotz bestehender Meinungsverschiedenheiten in Menschenrechtsfragen auch weiterhin ein Dialog geführt werden sollte, und zwar nicht etwa im Geiste der Konfrontation, sondern der gegenseitigen Achtung.

Formal gehörte Kinkels um drei Monate verschobener Beijing-Besuch in den Rahmen der vereinbarten politischen Konsultationen mit der chinesischen Regierung und sollte - auch in Form der Weiterreise Kinkels in die Mongolei, der konkreten Ausfüllung des Asienkonzepts der Bundesregierung von 1993 dienen.

Die Visite fand vom 21. bis 24. Oktober statt, und zwar in Beijing sowie in Chengdu, der Hauptstadt der Provinz Sichuan.

Kaum hatte Kinkel seinen Chinabesuch abgeschlossen, brach Bundeskanzler Kohl zu einer achttägigen Asienreise auf, die ihn nach Indonesien, auf die Philippinen und nach Japan führte - ein weiterer Beweis dafür, wie wichtig Asien mittlerweile für die deutsche Außenpolitik - und für die deutsche Wirtschaft! - geworden ist.

1.2 Beijing - und Chengdu

Der Besuch Kinkels in Chengdu hatte damit zu tun, daß die deutsche Seite dort ihr drittes Konsulat (nach Shanghai und Guangzhou) errichten will. Kinkel betonte, daß Deutschland vor dem Ersten Weltkrieg nicht weniger als acht Konsulate in China unterhalten habe.² Sichuan ist mit rund 110 Mio. Einwohnern die bevölkerungsreichste Provinz Chinas. In der Hauptstadt Chengdu sind unter anderem Betriebe der Maschinen- und Stahlindustrie angesiedelt. Im äußersten Osten der Provinz entsteht auch der umstrittene Drei-Schluchten-Staudamm. Am Bau des Staudamms sollen, wie erwähnt, neben französischen und italienischen auch deutsche Firmen beteiligt werden. In Chengdu besuchte Kinkel u.a. ein Glasfaserwerk des Siemens-Konzerns.

1.3 Das Versöhnungsprogramm

1.3.1 Gesprächskontakte auf höchster Ebene

Gleich nach der Ankunft nahm Kinkel am Richtfest des Neubaus der deutschen Botschaft teil und anschließend an der Sitzung der deutsch-chinesischen Kommission zur Zusammenarbeit im Umweltschutzbereich. Schließlich wurde er noch am gleichen Abend von seinem Amtskollegen Qian empfangen. Am nächsten Tag fanden Besprechungen mit Staats- und Parteichef Jiang Zemin sowie mit Ministerpräsident Li Peng statt. Der dritte Tag war einer Visite in Chengdu gewidmet und am vierten Tag erfolgte die Weiterreise in die Mongolei.

Da die Gespräche von vorneherein auf Harmonie angelegt waren, kam es von beiden Seiten wiederholte Male zu der Versicherung, daß die Visite äußerst "erfolgreich" verlaufen sei, daß man auf das "21. Jahrhundert" blicken müsse, daß selbst Dialoge über die Menschenrechtsfrage "nicht konfrontativ" geführt worden seien und daß die "intensiven Gespräche in freundschaftlichem Geist" stattgefunden hätten.³

Auch die Begleiter Kinkels waren ganz auf "Wiedergutmachung" eingestellt, vor allem der Vorsitzende des China-Arbeitskreises der Deutschen Wirtschaft für Infrastruktur, Teltschik, der in der Reise eine "Chance sah, an Früheres anzuknüpfen". Man müsse jenes "Vertrauen" zurückerwerben, das durch die Tibetentschließung des Bundestags vom Juni leichtfertig aufs Spiel gesetzt worden sei. Der damals entstandene "Schaden" dokumentiere sich in der Tatsache, daß Entscheidungen in China zugunsten deutscher Unternehmen bewußt zurückgestellt worden sind.⁴ Als Beispiel nannte Teltschik das Ausbleiben einer Vereinbarung Chinas mit einer großen deutschen Versicherungsgesellschaft; den Vorteil habe ein schweizer Unternehmen daraus gezogen - gemeint waren offensichtlich die Allianz und Winterthur.

1.3.2

Die heiklen Programmpunkte

Stolperstein bei der Reise Kinkels war erneut der unsanfte Umgang der VR China mit ihren Bürgerrechtlern: Kurz vor dem Eintreffen Kinkels war der Dissident Wang Dan, einer der Anführer der Studentenproteste von 1989, der bereits zwischen 1989 und 1993 in Haft gesessen hatte, erneut angeklagt und wieder einmal zu Gefängnis verurteilt worden; überdies hatte seine Familie Kinkel gebeten, sich für Wang einzusetzen:⁵ ein Ansinnen, dem Kinkel, eigenen Angaben zufolge, nachgekommen war, ohne daß allerdings Einzelheiten dazu bekanntgegeben worden wären.

Zusätzlich war es noch zu einigen weiteren Mißhelligkeiten gekommen, die das "Harmonie"-Verständnis Kinkels auf eine schwere Probe stellen mußten, nämlich zur Einweisung des Dissidenten Liu Xiaobo in ein Arbeitslager - und (zur beinahe noch verhinderten) Flucht eines anderen Bürgerrechtlers, Wang Xiches, in die Vereinigten Staaten via Hongkong.

Unverdrossen folgte Kinkel jedoch seinem Versöhnungskurs.

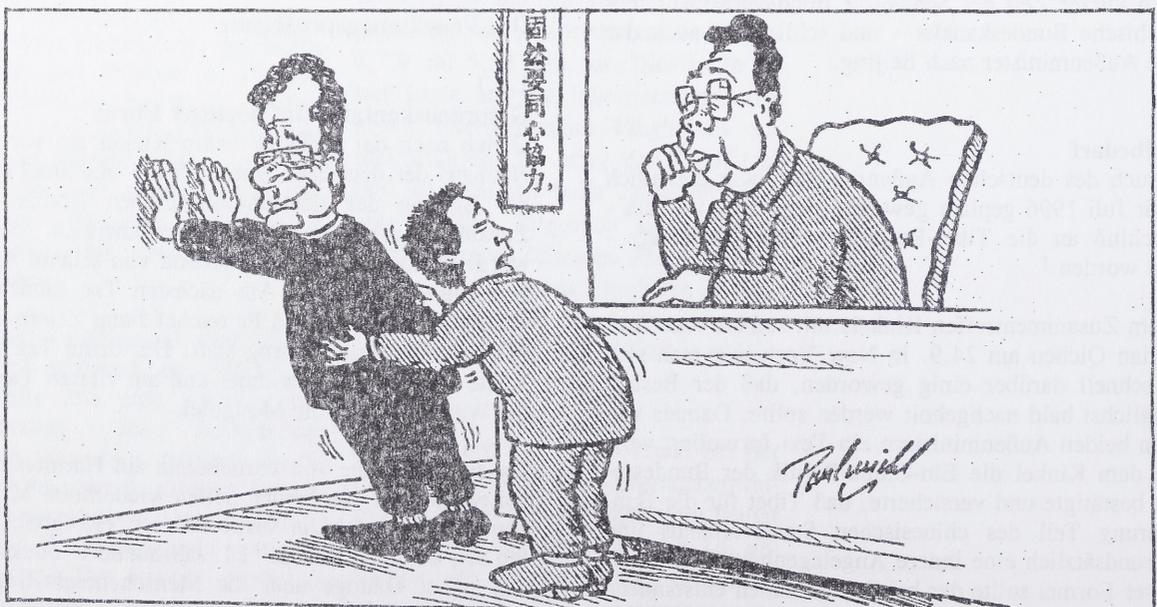
Staatspräsident Jiang Zemin reichte ihm hierbei eine helfende Hand, indem er verständnisvoll darauf hinwies, daß es die "Hauptaufgabe des Besuchers sei, den Besuch des deutschen Bundespräsidenten vorzubereiten". Herzogs Besuch sei ein Hauptereignis in den beiderseitigen Beziehungen. Das chinesische und das deutsche Volk hätten wichtige Beiträge zur Zivilisation und zum Fortschritt der Menschheit zu leisten, betonte Jiang; trotz unterschiedlicher Entwicklungsstadien und verschiedener sozialer Systeme teilten beide Seiten zahlreiche gemeinsame Interessen.⁶ Die chinesische und die deutsche Volkswirtschaft seien komplementär zueinander, so daß eine langfristige Zusammenarbeit für beide Seiten von höchstem Interesse sei.

Kinkel gab dem Staatspräsidenten erneut die Versicherung, daß Deutschland in keiner Weise sich in die inneren Angelegenheiten Chinas einmischen wolle, daß es weiter am Standpunkt des "Einen China" festhalte und auch in der Taiwan- und in der Tibetfrage hier keine Ausnahme machen wolle.⁷ Ähnliche Versicherungen hatte Kinkel bereits seinem Amtskollegen Qian gegenüber abgegeben.⁸

Kinkel hat, eigenen Angaben zufolge, bei der chinesischen Führung auch darauf gedrängt, die Produktion von Anti-Personen-Minen einzustellen. Seine Gesprächspartner hätten ihm daraufhin versichert, daß sie zwar nicht auf die Herstellung, zumindest aber auf den Export solcher Minen verzichten wollten. China gilt als größter Produzent dieser Minenart in der Dritten Welt, viele der in Kambodscha ausgelegten Minen dürften aus der VRCh stammen.

Auch die Zukunft Hongkongs und die Lage in Tibet waren Gesprächsthema.

Bei einer Pressekonferenz hob der Sprecher des chinesischen Außenministeriums hervor, daß Kinkel die Menschenrechtsfrage seinem Amtskollegen Qian gegenüber zwar aufgeworfen habe - aber in Form eines Dialogs, nicht



„Kinkel ist sauber, Chef – keine Spur von Kritik zu finden!“

Karikatur: Paulmichl
(aus: Handelsblatt, 23.10.96)

konfrontativ. Die Menschenrechtsfrage dürfe nicht dazu benutzt werden, sich in innere Angelegenheiten Chinas einzumischen. Dies habe auch Außenminister Kinkel ausdrücklich betont.⁹

1.3.3

Nebenwirkungen des Versöhnungskurses

Von der großen Wiederversöhnung hoffte nicht zuletzt die FDP-nahe Friedrich-Naumann-Stiftung zu profitieren, deren Repräsentanz bekanntlich im Juni 1996 geschlossen worden war, nachdem die Stiftung tibetische Oppositionspolitiker zu einer Veranstaltung geladen hatte. Der Vorstandsvorsitzende der Stiftung, Graf Lamsdorff, möchte insbesondere den Bundespräsidenten bitten, sich für eine Wiedereröffnung der Repräsentanz einzusetzen.¹⁰

Am Rande des Kinkel-Besuches wurde auch bekannt, daß China nach monatelangem Zögern drei weiteren deutschen Korrespondenten die Akkreditierung erteilen will, und zwar Vertretern der *Süddeutschen Zeitung*, der *Zeit* und der *Frankfurter Rundschau*.

2

Wirtschaft

2.1

"Ungeheure Chancen"

Ziel der Gespräche Kinkels war es, erstens die bilateralen Beziehungen in sämtlichen Bereichen weiterzuentwickeln, zweitens den für November geplanten Staatsbesuch des Bundespräsidenten Herzog in China vorzubereiten und nebenbei auch als Türenöffner für Wirtschaftsvertreter zu dienen, die diesmal vor allem den Sektor Umwelttechnik vertraten. Dieses "Nebenbei" freilich entwickelte sich auch diesmal zur Hauptsache.

Besuche wie diejenigen Kinkels haben stets auch mit Außenhandelsfragen zu tun. Allein zwischen 1991 und 1995 hat sich der chinesische Außenhandel gegenüber dem vorangegangenen Fünfjahreszeitraum mehr als verdoppelt und 1996 die 300-Mrd.-US\$-Marke durchstoßen. Jahr für Jahr wächst er im Durchschnitt um 19,5%. Seit 1992 ist die VR China die elftgrößte Handelsnation der Welt. 1995 ist der Anteil am weltweiten Handelsvolumen auf 2,9% gestiegen - gegenüber nur 1,5% im Jahre 1990.

Eine Außenhandelsnation wie Deutschland kann an einem solchen Markt nicht vorbeigehen.

In der Tat gab der Außenminister am Ende ganz offen zu, daß im Zentrum seiner Gespräche Wirtschaftsfragen gestanden hätten. Bei seiner Unterredung mit dem Chef der staatlichen Planungskommission sei ihm erneut deutlich geworden, "welche ungeheuren Chancen" die deutsche Wirtschaft in China habe. Chen Jinhua habe ihn darauf hingewiesen, daß deutsche Unternehmen gerade in solchen Bereichen führend seien, auf die Beijing im angelaufenen Fünfjahresplan (1996-2000) besonderes Gewicht lege, nämlich im Bereich der Infrastruktur, der Telekommunikation, des Maschinenbaus, des Automobilbaus und der Chemie.

Allerdings erwarte China auch günstige Kredite. Man müsse sich hier beiderseits noch mehr Mühe geben als bisher. Darüber hinaus habe er, Kinkel, den Eindruck

gewonnen, daß deutschen Versicherungen, Banken und Rechtsanwaltskanzleien künftig der Markt geöffnet werden soll.

Besonders großes chinesisches Interesse bestehe an deutscher Umwelttechnologie. Nach Auskunft der chinesischen Seite seien wegen unerträglicher Umweltverschmutzungen allein im Jahre 1996 nicht weniger als 50.000 kleinere Fabriken geschlossen worden. Es füge sich daher günstig, daß sich in seiner, Kinkels, Begleitung 17 deutsche Umweltexperten befänden. 85% der Flüsse Chinas gelten als verseucht, 90% der Haushaltsabfälle werden nicht behandelt und die schnelle Motorisierung treibt den Kohlendioxidgehalt der Luft ins Unerträgliche.

Kinkel war vor und während der Reise mit zahlreichen Vorstellungen und Bitten deutscher Unternehmer konfrontiert worden: So forderten sie beispielsweise die Zulassung deutscher Vertriebsunternehmen in China bei gleichzeitiger Einschränkung des Verkaufsmonopols chinesischer Staatshandelsfirmen. Es könne doch nicht angehen, daß ein Handelshaus wie die Bremer Firma Melchers "nach 150 Jahren Präsenz in China die Produkte seiner Kunden nicht direkt verkaufen kann", sondern chinesische Firmen zuschalten muß. Schon seit geraumer Zeit versuchten deutsche Handelshäuser, in China Vertriebsfirmen aufzubauen, scheiterten aber stets am Protektionismus der Chinesen und ihrer Monopolgemeinschaften.

Auch Autos, wie beispielsweise die Santanas von VW, müßten direkt angeboten werden können - und nicht erst die komplizierten Umwege über die schwerfällige alte Verteilerordnung nehmen müssen.

Auf Marktöffnung drängen auch Banken, Versicherungsgesellschaften und Anwaltskanzleien.

Darüber hinaus sind deutsche Firmen unglücklich über die eingeschränkten Rechte von Dachgesellschaften, die mittlerweile in China zwar legalisiert worden sind, denen es jedoch verwehrt ist, untereinander Gewinne und Verluste auszugleichen und damit Steuern zu sparen.¹¹

Obwohl Probleme dieser Art auch nicht annähernd gelöst werden konnten, zeigten sich die Vertreter der deutschen Industrie mit dem Kinkel-Besuch doch rundum zufrieden. Dies betonte Hans-Olaf Henkel nach dem Abschluß der Visite. Überall lasse sich in China starkes Interesse am schnellen Ausbau weiterer Zusammenarbeit und an deutscher Beteiligung an chinesischen Infrastrukturprojekten erkennen, erklärte der BDI-Chef.¹²

Auch dafür waren am Vorabend der Kinkel-Reise die Grundlagen gelegt worden; hatte doch ein interministerieller Ausschuß in Bonn nach heftigen internen Auseinandersetzungen beschlossen, daß für das "Drei-Schluchten-Projekt" politische Risikoversicherungen zugelassen werden sollten, und zwar via Hermes. Die deutsche Seite war damit wesentlich schneller als die japanische oder beispielsweise die schweizerische, die allerdings, wie man in Asien erwartet,¹³ noch vor dem 18.12., dem chinesischen Abschlußdatum also, gleiche Beschlüsse treffen dürften. Auch die Amerikaner schwanken noch. Das Staudammprojekt am Yangzi gilt mit geschätzten 100 Mrd. DM als weltweit größtes Infrastrukturvorhaben, ist wegen seiner umwelt- und sozialpolitischen (Umsiedlung!) Nebenfolgen aber seit langem in die Kritik geraten.¹⁴

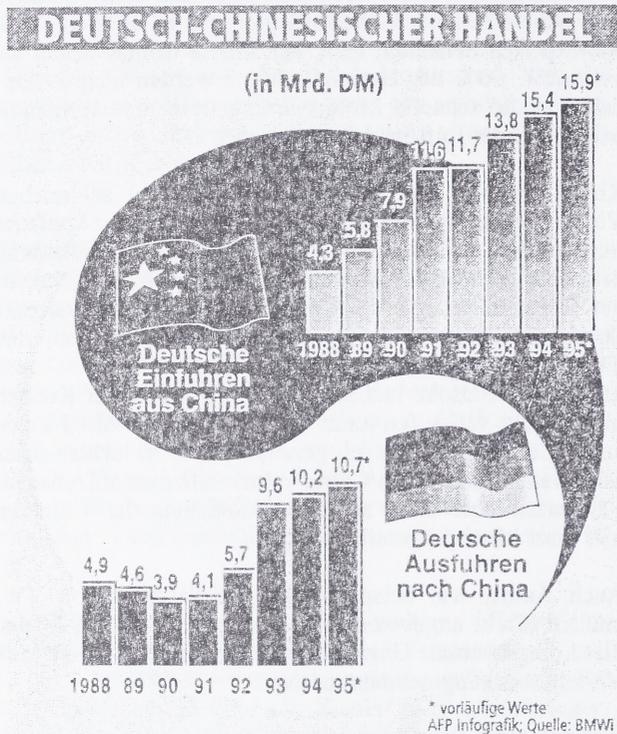
2.2

Wie ist es um die deutsch-chinesischen Außenhandels- und Investitionsbeziehungen wirklich bestellt?

2.2.1

Außenhandel

Der Stand der deutsch-chinesischen Außenhandelsbeziehungen läßt sich aus folgender Grafik entnehmen:



Quelle: Handelsblatt, 23.10.96

2.2.2

Investitionen

Bei den Investitionen hat die deutsche Wirtschaft, wie nachfolgend näher zu beschreiben, mit einer Aufholjagd begonnen; doch liegt sie - u.a. hinter Großbritannien - auch jetzt erst auf Rang 8 der Investitionsländer: auf einem Platz also, auf dem sie angesichts relativ niedriger Beteiligung noch lange verbleiben dürfte.

Die Geschichte der deutschen Investitionen reicht bis ins späte 19. Jh. zurück: Hatte der früheste Schub bis zum Vorabend des Ersten Weltkriegs und der zweite zwischen den beiden Weltkriegen stattgefunden, so setzte der dritte 1981 ein, also zwei Jahre nach dem Erlaß jenes außenwirtschaftlich und rechtshistorisch so einschneidenden Joint-Venture-Gesetzes, das die maoistischen Tabus durchbrochen und die Tore Chinas zur Welt weit aufgerissen hatte.

Auch jetzt kam es erneut zu einer Drei-Phasen-Entwicklung im deutschen Verhalten: Im Zeitraum 1981-88 vollzog sich der Kapitaltransfer behutsam, ja beinahe ängstlich - mit der Folge, daß nur 70 Projekte unter Dach und Fach kamen. 1989-91 verlangsamte sich sogar dieses Schnecken-tempo noch ein weiteres Mal - eine Folge der "Tiananmen-Ereignisse". Doch dann kam die große Wende: Zwischen 1992 und 1994 nämlich schaltete die deutsche Wirtschaft plötzlich vom ersten in den vierten Gang hoch: So wurden beispielsweise allein i.J. 1992 mehr Projekte (130) und höhere Kapitalsummen (129 Mio.US\$)

investiert als in all den vorangegangenen elf Jahren. 1993 nahm das Tempo ein weiteres Mal ruckartig zu - mit der Folge, daß sich die Kapitalsumme nun beinahe verdoppelte (249 Mio.US\$), die Zahl der Projekte aber mehr als verdreifachte (320). 1994 schließlich blieben die Projektzahlen zwar leicht hinter denen des Vorjahres zurück, doch schoß der vereinbarte Kapitalbetrag nun gleich um das Fünffache in die Höhe (1,2 Mrd.US\$) und "egalisierte" damit die Summe aus den vorangegangenen 13 Jahren. Zugleich deutete sich mit diesem Signal auch noch eine neue Tendenz zur Kapital- und Technologieintensität der deutschen Transfers an, wie man sie von der deutschen Wirtschaft eigentlich schon von Anfang an erwartet hatte.

Hatte sich die deutsche Wirtschaft bis 1992 von ihren ausländischen Hauptkonkurrenten aus Hongkong (Auslandschinesentum!), Taiwan, den USA, Japan, Singapur, Südkorea und Großbritannien noch weit abhängen lassen, so ist sie mittlerweile zur Spitze vorgedrungen, zumindest was das Beschleunigungstempo angeht.

Vom Volumen her hinkt der Exportweltmeister Deutschland allerdings noch weit hinter seinen Möglichkeiten her: machen doch die 892 bis Ende 1994 getätigten deutschen Projekte kaum ½% der vom übrigen Ausland hochgezogenen 220.000 Einzelprojekte aus. Auch die deutsche Transfersumme von 2,7 Mrd.US\$ nahm sich - mit nicht einmal 1% - neben den bis Ende 1994 von der VR China eingeworbenen 300 Mrd.US\$ höchst bescheiden aus. Übrigens blieben die deutschen Investitionen auch weit hinter den Summen des deutsch-chinesischen Außenhandels zurück, der sich 1994 beispielsweise auf 15,4 Mrd. Importe (nach Deutschland) und 10,2 Mrd. Exporte belief.

Immerhin zeigen die jetzigen Aufholrends, daß der Nachzügler Deutschland seine Fehler mittlerweile erkannt und seine Prioritäten neu geordnet hat. Drei Anhaltspunkte sprechen dafür, daß es sich bei dem 1992 begonnenen Anlauf nicht nur um vorübergehende Taktik, sondern um langfristige Strategie handelt:

- 1993 hat die Bundesregierung ein neues Asien-Konzept verkündet, das nicht nur verstärkte Hilfe des Staates für deutsche Investoren in Aussicht stellt, sondern das Asien (und hier vor allem China, Japan und Indien) zu einem neuen Schwerpunkt deutscher Außen- und Außenwirtschaftspolitik erklärt.

- Fast wie auf Verabredung hat China 1994 neue Investitionsrichtlinien erlassen, die den Bereichen Energie, Transport und Telekommunikation eindeutigen Vorrang zusprechen und damit technologie-intensive Ziele anpeilen, die der deutschen Industrie wie auf den Leib geschneidert erscheinen. Kein Wunder, daß sich fast gleichzeitig mit dem verstärkten Einstieg der Deutschen viele auslandschinesische Kleinunternehmer, die, wie es im Sprichwort heißt, "der vorüberfliegenden Gans nur schnell eine Feder ausreißen wollten", zurückzuziehen begannen: so gingen die "Hongkonger" Investitionen beispielsweise 1994 um 37%, diejenigen Taiwans sogar um 46% zurück!

- Drittens aber hat sich mittlerweile auch bei der deutschen Unternehmerschaft die Erkenntnis durchgesetzt, daß die wirtschaftliche "Musik" künftig vor allem in Asien spielt und daß man sich deshalb den neuen "trilateralen"

Anforderungen (hinsichtlich einer gleichzeitigen Präsenz auf den drei Hauptmärkten Europa, Amerika und Asien) nicht länger entziehen darf.

Allerdings gibt es nach wie vor zahlreiche Bedenken, die am übersichtlichsten bei den immer noch regelmäßig durchgeführten Hongkonger Umfragen zutage treten, und die z.Zt. folgende Reihenfolge aufweisen: Inflations- (und damit Preissteigerungs-) Ängste (62% aller befragten Unternehmer) - unzureichende Gesetze (34%) - Steuersystemmängel (19%) - Korruption (12%) - Kommunikationsdefizite (10%) - Ineffizienz der Verwaltung (8%) und Infrastrukturdefizite (7%).

Befürchtungen politischer oder sozialer Art werden von den Investoren bezeichnenderweise kaum als Hindernis empfunden, auch nicht von den deutschen!

3

Renormalisierung

Wenn die Kinkelreise eine Versöhnungsreise gewesen sein sollte, so hat sie ihre Ziele voll erreicht. Dies mußte auch die ausländische Presse zugeben, die den Besucherfolg anerkennend - und auch ein wenig ironisch - kommentierte. Hier einige Schlagzeilen: "Germany tries to heal China Rift"¹⁵, "Beijing smiles again on Germany"¹⁶, "Bonn's Beijing Troubles 'over'"¹⁷, "Germany pledges to avoid Confrontation"¹⁸.

Anmerkungen

- 1) Dazu Ca, Juni 1996, Ü 2; Juni 1996, S. 598-605.
- 2) SCMP, 24.10.96.
- 3) Xinhua, 23.10.96.
- 4) FAZ, 21.10.96.
- 5) SCMP, 22.10.96.
- 6) XNA, 23.10.96.
- 7) Ebd.
- 8) XNA, 22.10.96.
- 9) Radio Beijing in SWB, 24.10.96.
- 10) FAZ, 12.10.96.
- 11) HB, 23.10.96.
- 12) HB, 30.10.96.
- 13) So SCMP, 27.10.96.
- 14) Eine Besprechung u.a. in Ca, August 1995, S. 718 ff.
- 15) IHT, 22.8.96.
- 16) FT, 23.10.96.
- 17) FT, 22.10.96.
- 18) SCMP, 23.10.96.

Oskar Weggel

Nationalismus in China

Vaterlandsliebe oder neuer Gefahrenherd?

Gliederung

1 Besorgnisse

2 Die Entstehung eines chinesischen Nationalismus

- 2.1 Die Unvereinbarkeit zwischen *tianxia*-Auffassung und Nationalismus im traditionellen China
- 2.2 Der fast reibungslose Übergang zum Denken in nationalen Kategorien
- 2.3 Die Verbreiterung der sozialen Basis des Nationalismus während des Antijapanischen Kriegs

3 Nationalismus im modernen China

- 3.1 Fünf Spielarten des Nationalismus in der chinesischen Welt
 - 3.1.1 "Patriotismus"
 - 3.1.2 "Groß-Han-Chauvinismus"
 - 3.1.3 Taiwan als "ozeanische Nation"?
 - 3.1.4 Singapur als Willensnation
 - 3.1.5 Panchinesische Ansätze

4 Der gutartige Patriotismus

- 4.1 Patriotische Theorie und Rhetorik
 - 4.1.1 Unter Mao Zedong
 - 4.1.2 Unter den Reformern
- 4.2 Patriotische Praxis
- 4.3 Patriotische Symbolik
 - 4.3.1 Zwei Staatsflaggen
 - 4.3.2 Zwei Staatswappen
 - 4.3.3 Zwei Nationalhymnen
 - 4.3.4 "Nationale" Zeitrechnung
 - 4.3.5 Zwei Hauptstädte
 - 4.3.6 Die nationale Einheitssprache

5 Chauvinismus? Die furchteinflößende Variante

- 5.1 Schattierungen und Abstufungen im "chauvinistischen" Vorfeld
 - 5.1.1 Trotzhaltung: Eine Großmacht wehrt sich
 - 5.1.1.1 Warum sich mehr zurückhalten, als es andere tun?
 - 5.1.1.2 Breitseiten gegen Japan und die USA
 - 5.1.1.2.1 Prügelknabe Japan
 - 5.1.1.2.2 Anti-Amerikanismus?
 - 5.1.1.2.3 "Nein sagen" können!
 - 5.1.1.3 Rückschnitt bei ausländischen Firmen
 - 5.2 Anzeichen einer Vorwärtspolitik?
 - 5.2.1 Der heiße Punkt Spratlyfrage
 - 5.2.2 Verschärfung bei der Minderheitenpolitik?
 - 5.2.3 Innenpolitische Aspekte des Han-Chauvinismus
 - 5.3 Argumente gegen die Chauvinismus-Gefahr
 - 5.3.1 Historisch begründete Gegenargumente, die sich z.T. bereits verdinglicht haben
 - 5.3.1.1 Ordnungsversessenheit und Impansionismus
 - 5.3.1.2 Ordnungspolitik seit 1989: Symptome der Einlösung des historischen Auftrags
 - 5.3.1.3 Die Entschärfung der meisten Grenzfragen
 - 5.3.1.4 "Antihegemonismus" als Leitmotiv und als Verfassungsprinzip
 - 5.3.1.5 Selbstverpflichtungen im Erklärungsverhalten
 - 5.3.2 Gegenargumente, die sich aus der neuen außenwirtschaftlichen Logik ergeben
 - 5.3.3 Gegenargumente, die mit innenpolitischen Überlegungen zusammenhängen